

# Die Budgetdebatte im Parlament

Eine Analyse der Social-Media-Aktivitäten  
österreichischer Abgeordneter und Regierungsmitglieder

*verfasst von*

Ramona Zmolnig (Projektleitung)  
Nico Stella, Christina Weichselbaumer

Mai 2018

## Inhalt

Einleitung und Fragestellung .....	3
Theoretischer Hintergrund und methodische Herangehensweise .....	3
Hintergrund Budgetdebatte.....	5
Prioritätensetzung und Kritik der Opposition.....	6
Ergebnisse der Analyse.....	8
Themenschwerpunkte und Issue Ownership.....	8
Reaktionen .....	12
Schlussfolgerung .....	14
Literaturverzeichnis .....	16

## Einleitung und Fragestellung

Die vorliegende Analyse beschäftigt sich mit den Facebook-Profilen österreichischer Abgeordneter und Mitglieder der Bundesregierung im Zeitraum der Budgetdebatte im April 2018. Konkret wird der Frage nachgegangen, welche Themen von den im Parlament vertretenen Parteien (inklusive der Mitglieder der Bundesregierung) zwischen 17. und 19. April 2018 auf Facebook aufgebracht und forciert werden. Außerdem soll herausgefunden werden, wie stark die Interaktionen auf den einzelnen Facebook-Profilen sind und welche Qualität (Art der Reaktion auf Posts) diese aufweisen.

## Theoretischer Hintergrund und methodische Herangehensweise

„Issue competition [...] is about getting the issues that a party prefers to dominate the party political agenda.“

(Green-Pedersen 2007: 609)

Die theoretische Grundlage der vorliegenden Analyse bildet der Issue-Wettbewerbs-Ansatz von Isabelle Guinaudeau und Simon Persico. Die AutorInnen beschäftigen sich mit der Frage, wie politische Parteien *policy issues* verwenden und inwieweit diese bestimmte Themen „besitzen“ (*issue-ownership*). Sie versuchen dabei eine klare Definition von einem *policy issue* zu formulieren und eine Typologie von *issues* zu erstellen, die sowohl konsensuale (Salience Theory), als auch konfliktäre Aspekte (Positional Theory) berücksichtigt (vgl. Guinaudeau/Persico 2013: 1-2).

Nach Guinaudeau und Persico schafft ein *policy issue* bewusst Abgrenzung, wird definiert und spezifiziert von politischen AkteurInnen und ruft möglicherweise eine oder mehrere Positionen hervor. Die AutorInnen unterscheiden analytisch zwischen *issue* (Aspekte eines Themas) und *theme* (Thema), wohingegen diese Unterscheidung für die vorliegende Analyse nicht relevant ist und somit der englische Begriff „policy issue“ und der deutsche Begriff „(politisches) Thema“ gleichgesetzt werden (vgl. ebd.: 5).

Um sowohl konsensuale, als auch konfliktäre Aspekte zu berücksichtigen, weisen die AutorInnen „zwei Gesichter“ (ebd.: 6) des *issue*-Wettbewerbs aus. Das erste Gesicht bezieht sich auf die Betonung bzw. Salienz und den Besitz von *issues*, wohingegen sich das zweite Gesicht auf die Untersuchung der Parteipositionen zu jedem *issue* in Hinblick auf die Bedingungen, unter welchen *policy issues* Konflikte hervorrufen, bezieht. Somit fragt die erste Dimension danach, welche Parteien einem *issue* wieviel Aufmerksamkeit schenken und die zweite Dimension danach, wie viele unterschiedliche *issue*-Positionen im Wettbewerb bestehen (vgl. ebd.).

In der vorliegenden Analyse widmen wir uns entsprechend der Fragestellung der ersten Dimension des *issue*-Wettbewerbs.

Die methodische Vorgehensweise unserer Analyse ist an jene von Guinaudeau und Persico angelehnt. Um den Umfang ihrer Studie einzugrenzen, haben sich die AutorInnen vor allem einen zeitlichen und thematischen Rahmen (lediglich ein Thema) gesetzt und ihre Datensammlung auf Wahlprogramme begrenzt (vgl. ebd.: 8). Auch in dieser Analyse wird ein zeitlicher (Debatte zum Budgetbegleitgesetz im Nationalrat vom 17. bis 19. April 2018) und thematischer Rahmen (Budget) gesetzt.

Die Datensammlung bezieht alle vorhandenen (öffentlichen) Facebook-Seiten (n=107) der Abgeordneten und Regierungsmitglieder mit ein. Facebook-Seiten mit unter 100 Fans wurden aus der Analyse ausgeschlossen.

Alle im genannten Zeitraum im Kontext der Budgetverhandlungen veröffentlichten Beiträge wurden mithilfe des Programms „Fanpage-Karma“ und basierend auf einem selbst erstellten Kategoriensystem (34 Kategorien<sup>1</sup>) theoretisch kodiert (siehe Abb. 1).

Das Verfahren des theoretischen Kodierens gliedert sich in offenes, axiales und selektives Kodieren (vgl. Flick 2014: 387f). Beim offenen Kodieren werden die relevanten Posts (Budget-Bezug) zunächst mit Anmerkungen versehen. Im nächsten Schritt werden diese Anmerkungen gruppiert und kategorisiert.

Die Kategorien werden daraufhin mit abstrakten Codes versehen, die den Inhalt der Kategorien passend widerspiegeln und dann um zusätzliche Eigenschaften, die zu der jeweiligen Kategorie gehören, ergänzt. Als Ergebnis des offenen Kodierens entsteht eine Liste von Kommentaren zur Beschreibung und Erklärung der Codes (vgl. ebd.: 388-392).

Beim axialen Kodieren werden die Achsenkategorien bestimmt, also jene Kategorien, die in den Posts häufig vorkommen. Diese werden mit möglichst vielen Posts angereichert (vgl. Strauss und Corbin 1990/1996: 93). Durch die beim selektiven Kodieren vorgenommene Verdichtung in Überkategorien bilden sich dann die für die Forschungsfragen signifikanten Kernkategorien heraus (vgl. Flick 2014: 396f).

Durch die Kodierungen kann festgestellt werden, welche Themen bei den einzelnen Parteien und politischen AkteurInnen präsent und welche abwesend sind, wodurch eine Identifizierung der proprietären Themen ermöglicht wird.

---

<sup>1</sup> Gerechtigkeit, Frauen, Sicherheit, Arbeit, Kritik an Regierung, Bildung, Familie, Justiz, Umwelt, Wissenschaft & Forschung, Öffentlicher Dienst, Innovation, Nachhaltigkeit/Zukunftsorientierung, Pensionen, Steuersenkung, Gesundheit, Landwirtschaft, Reformen, Schuldenabbau, Soziales, Kunst/Kultur, Sport, Infrastruktur, Integration, Sparen, Tourismus, Wirtschaft, Asyl/Migration, Außenpolitik, Datenschutz, Energie, Konsumentenschutz, Medien, Demokratie

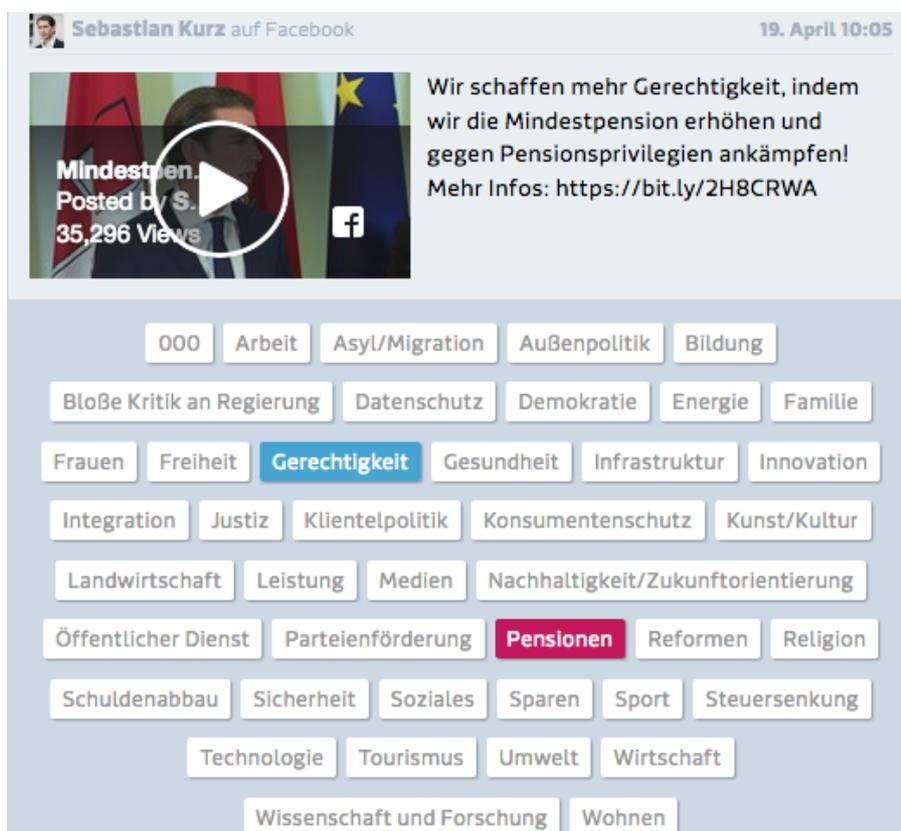


Abbildung 1: Kodierung Facebook-Beitrag Sebastian Kurz (Zuordnung der Kategorien Gerechtigkeit und Pensionen). Screenshot.

## Hintergrund Budgetdebatte

Die gesetzliche Grundlage für den Staatshaushalt Österreichs bildet das Bundeshaushaltsgesetz mit dem Bundesfinanzgesetz und Bundesfinanzrahmengesetz. Nach Beschluss des Ministerrats wird die entsprechende Gesetzesvorlage dem Nationalrat vorgelegt. Der Finanzminister hält im Nationalrat darauf die Budgetrede, bei der Eckpunkte der Vorlage dargelegt werden. Nach dieser Ersten Lesung und der Behandlung im Budgetausschuss folgt die Zweite Lesung mit der mehrtägigen Behandlung im Plenum des Nationalrats, der sogenannten Budgetdebatte. Dabei diskutieren die BundesministerInnen die Budgets ihrer jeweiligen Ressorts mit den Abgeordneten. Die Beschlussfassung erfolgt schließlich mittels einer einfachen Mehrheit im Nationalrat (vgl. Parlament Österreich 2018).

Die Budgetrede für das Doppelbudget 2018/19 wurde von Bundesminister Hartwig Löger am 21. März 2018 gehalten, die Budgetdebatte fand an den Plenartagen vom 17. bis 19. April 2018<sup>2</sup> statt.

<sup>2</sup> Eine ausführliche Zusammenfassung der Sitzungstage finden Sie auf der Website des Parlaments unter <https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/>

Die besondere Bedeutung kommt dem Budget deshalb zu, da es sprichwörtlich die „in Zahlen gegossene Politik“ und somit Ausdruck der politischen Gestaltung ist. Entsprechend leidenschaftlich erfolgt traditionell die Kritik der Opposition und die Verteidigung der Regierung.

### **Prioritätensetzung und Kritik der Opposition**

Am **ersten Sitzungstag** (17. April) stand die Personalaufstockung im Innenministerium im Mittelpunkt der Debatte über die Bereiche Inneres sowie Asyl und Migration. Die Opposition begrüßte zwar größtenteils das erhöhte Budget, unterstellte aber eine falsche Prioritätensetzung seitens der Regierung. Den Mehrausgaben für sicherheitspolitische Maßnahmen stehen Budgetkürzungen im Bereich Asyl und Migration gegenüber.

Im Rahmen der Debatte über ihr Budget verteidigte Außenministerin Karin Kneissl die Nichterreichung der 0,7%-Quote des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit, ebenso wie das sinkende Budget für den Auslandskatastrophenfonds. Von der Opposition wurde dies auch als Widerspruch zum Regierungsprogramm und ÖVP-Wahlprogramm kritisiert.

Die Budgetvoranschläge des Bundesministeriums für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz sorgten bereits im Vorfeld für umfassende Kritik, insbesondere die darin enthaltene Reduktion von Planstellen an den Gerichten. Während damit für die Regierung eine effiziente Mittelverwendung gesichert ist, sieht die Opposition die Justiz unter Spardruck und den Rechtsstaat in der Ausübung seiner Aufgaben gefährdet.

In der Debatte zu Kunst und Kultur wurde von der Opposition eine mangelnde Schwerpunktsetzung ebenso kritisiert wie eine fehlende Valorisierung des Budgets und eine mangelnde Auseinandersetzung mit den Arbeitsverhältnissen im Kulturwesen. Vonseiten der Regierungsparteien wurde der generelle Stellenwert von Kunst und Kultur und die freie Entfaltung hervorgehoben.

Am **zweiten Tag** ging die Debatte über das Doppelbudget 2018/19 im Nationalrat unter anderem mit den Themen Verkehr, Innovation und Technologie weiter.

Der zuständige Bundesminister Norbert Hofer betonte insbesondere die Entwicklung neuer Antriebssysteme als Innovationschance für Österreich und kündigte ein Forschungsförderungsgesetz an. Trotz aller Kritik bestand unter den Abgeordneten hinsichtlich der Bedeutung von Forschung für Österreich und einer effizienten Förderabwicklung grundsätzlich Konsens.

In der Debatte über die Kapitel Familie und Jugend wurden die geplanten Steuererleichterungen von den Regierungsparteien begrüßt. Nach Ansicht der Opposition kommt das Geld jedoch nicht bei jenen an, die es am dringendsten benötigen würden.

Im Rahmen der Debatte über das Nachhaltigkeitsministerium wurde insbesondere das sinkende Budget für das Umweltressort von der Opposition kritisiert.

Auch beim Thema Frauen und Gleichstellung prallten die unterschiedlichen Vorstellungen von Opposition und Regierung aufeinander. Die Opposition beurteilte vor allem die Reduktion des Budgets gegenüber dem Vorjahr kritisch. Sie sieht dadurch Institutionen aus dem Bereich des Gewaltschutzes und der Gewaltprävention gefährdet.

In den Beratungen über die Kapitel Wirtschaft und Forschung hob Bundesministerin Margarete Schramböck die Forcierung der Digitalisierung, die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich, den Ausbau der Kooperation mit der Wissenschaft, die Entbürokratisierung der Verwaltung sowie die Förderung der KMU hervor. Kritik kam vor allem von der SPÖ, die in einem Entschließungsantrag dazu aufforderte, die Kürzungen bei den Mitteln für Start-Ups zurückzunehmen.

Verteidigungsminister Mario Kunasek unterstrich in der Debatte über den Bereich Militärische Angelegenheiten, dass für das Bundesheer mehr Mittel zur Verfügung stehen werden. SPÖ, Neos und Liste Pilz kritisierten jedoch das unzureichende Heeresbudget sowie die Diskrepanz zwischen den Vorankündigungen des Ministers und dem nunmehr vorliegenden Ergebnis.

Der **dritte und abschließende Tag** widmete sich den Themen Bildung, Gesundheit, Konsumentenschutz sowie Arbeit und Soziales.

Bundesminister Heinz Faßmann wurde im Rahmen der Budgetdebatte zu Bildung mit der Kritik an einer Regierungsvorlage zu Deutschförderklassen konfrontiert. Außerdem wurde von der Opposition die mangelnde soziale Durchmischung und das fehlende Bekenntnis zur Neuen Mittelschule sowie Ganztagschulen kritisiert. Die Regierung hob hingegen die Weiterentwicklung der Lehre und duale Ausbildungssysteme positiv hervor.

Bundesministerin Beate Hartinger-Klein sprach in der Debatte über Arbeit und Soziales über den Zugang zum Arbeitsmarkt, die Bekämpfung des Facharbeitermangels und die Absicherung sowie Qualitätssicherung in der Pflege. Von der Opposition wurde die ungleiche Verteilung von Mitteln bemängelt, etwa durch den Familienbonus oder den steigenden Druck auf die Unfallversicherung. Pensionen und eine etwaige Erhöhung der Ausgleichszulage wurden ebenso kontrovers diskutiert wie die Budgethöhe für den Pflegeregress. Für die Mindestsicherung wurde von der zuständigen Ministerin eine Vereinheitlichung angekündigt.

Den Konsumentenschutz sieht Ministerin Hartinger-Klein mit dem Budgetentwurf verbessert, denn es sollen dabei nicht nur KonsumentInnen, sondern auch rechtskonform agierende Unternehmen geschützt werden. Zudem ist eine Restrukturierung des Vereins für Konsumenteninformation (VKI) geplant. Die Opposition forderte in der Debatte mehr Mittel, auch aufgrund der zunehmenden Komplexität, der KonsumentInnen ausgesetzt sind.

Im Gesundheitsbudget liegt der Fokus der Regierung auf Eigenverantwortung, dem Abbau von Bürokratie und dem Ausbau des Systems der niedergelassenen

ÄrztInnen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Reform der Sozialversicherungsträger. Die Opposition kritisierte die Pläne rund um eine Abschaffung bzw. Reorganisation der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) und bezweifelte tatsächliche Effizienzsteigerungen.

## Ergebnisse der Analyse

### Themenschwerpunkte und Issue Ownership

Während der Budgetverhandlungen im Parlament (17. bis 19. April) wurden von den Abgeordneten und Regierungsmitgliedern insgesamt 420 Beiträge auf Facebook gepostet.

Die meisten Beiträge stammen dabei von Sebastian Kurz (18), gefolgt von Johann Gudenus (16) und Heinz Christian Strache (15).

Von den 420 Beiträgen bezogen sich 173 Beiträge explizit auf das Budget, denen insgesamt 269 Kategorien zugeordnet wurden. Die Inhalte der 173 Beiträge bezogen sich am häufigsten auf die Themenbereiche Gerechtigkeit (u.a. Generationengerechtigkeit, Umverteilung, Fairness), Frauen, Sicherheit, Arbeit und Kritik an der Regierung. Die letztgenannte Kategorie beinhaltet generalisierende Kritik an einer oder an beiden Regierungsparteien ohne thematischen Schwerpunkt und ohne eigene Positionierung seitens der AkteurInnen.

Medien, Demokratie, Konsumentenschutz, Energie und Datenschutz bilden jene fünf policy issues, denen am wenigsten Beiträge gewidmet wurden (in Abb. 1 unter „Sonstige“ zusammengefasst).<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Für weitere Detailergebnisse aus der Analyse, wenden Sie sich bitte an Ramona Zmolnig (zmolnig@comma.at, +43/1/503 23 03-33)

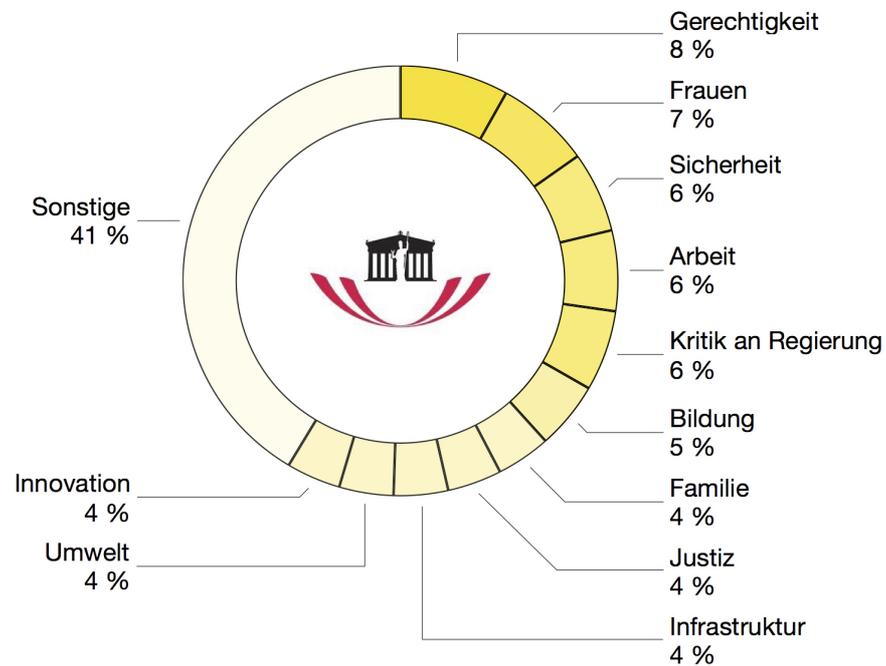


Abbildung 2: Gewichtete policy issues in der Budgetdebatte gesamt (n=173). Quelle: Eigene Darstellung.

Sieht man sich die einzelnen Fraktionen (inkl. ihrer Regierungsmitglieder) genauer an, so kann man in einigen Fällen von einem issue ownership auf Facebook sprechen.

Bei der **ÖVP** stand das Thema Wissenschaft und Forschung im Vordergrund ihrer Social-Media-Aktivitäten. Hier kann man von einem klaren issue ownership auf Facebook sprechen, denn außerhalb der ÖVP ist nur ein weiteres Posting (FPÖ) in der Kategorie Wissenschaft und Forschung vorhanden.

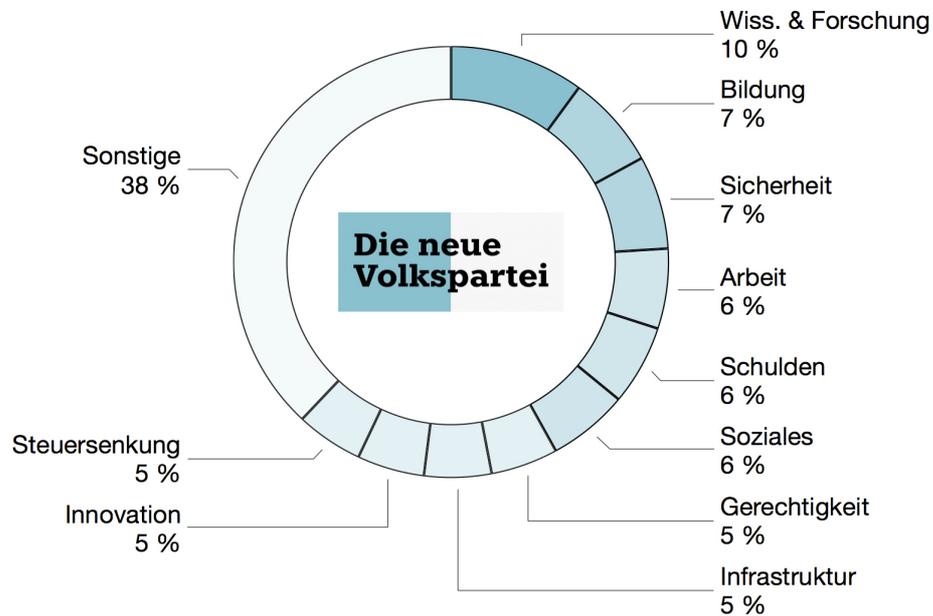


Abbildung 3: Gewichtete policy issues in der Budgetdebatte ÖVP. Quelle: Eigene Darstellung.

Die **FPÖ** konzentrierte sich in ihren Facebook-Postings auf das Thema Sicherheit. Hier kann man allerdings von keinem klaren issue ownership sprechen, da das Thema auch bei anderen Parteien verhältnismäßig präsent war; auch bei der Liste Pilz und der ÖVP findet sich die Kategorie unter den Top 5.

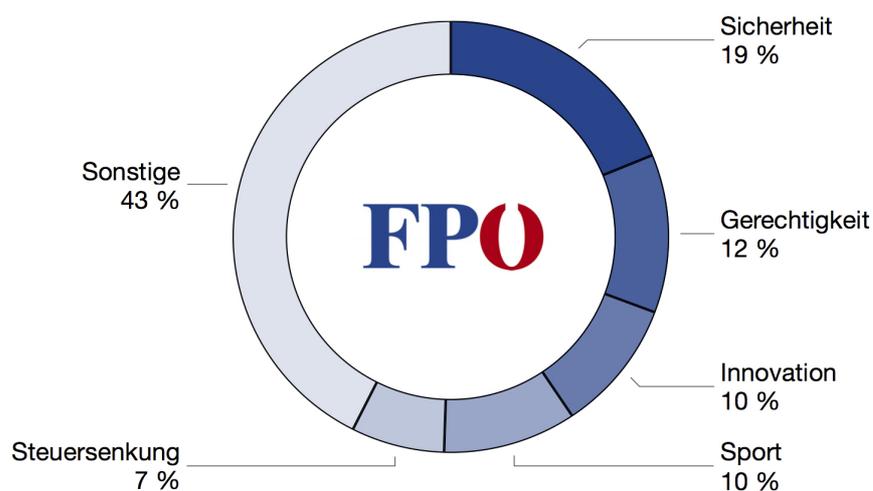


Abbildung 4: Gewichtete policy issues in der Budgetdebatte FPÖ. Quelle: Eigene Darstellung.

Bei der **SPÖ** kann man von einem issue ownership in der Kategorie Frauen sprechen. Dass diese Kategorie während der Budgetverhandlungen auf den Facebook-Profilen der SPÖ so prominent vertreten war, liegt vor allem an der vom Frauenvolksbegehren am 19. April organisierten Aktion für ein höheres Frauenbudget, die vonseiten der SPÖ unterstützt wurde. Beiträge in der Kategorie Frauen waren vorwiegend bei den Abgeordneten Selma Yildirim und Gabriele Heinisch-Hosek zu finden. Das Thema Frauen spielt bei den übrigen Parteien auf Facebook eine deutlich untergeordnete Rolle. Die ÖVP und die FPÖ haben je einen Beitrag zu dem Thema gepostet, die Liste Pilz und die Neos gar keinen.

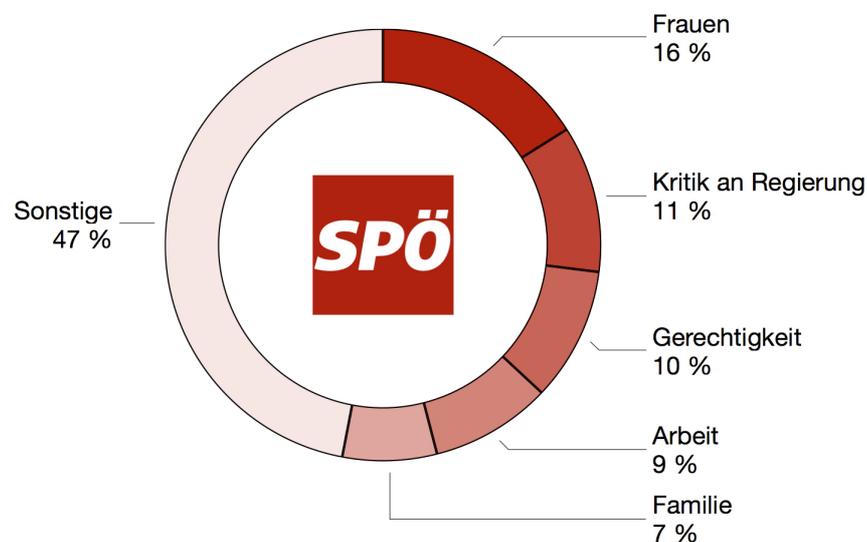


Abbildung 5: Gewichtete policy issues in der Budgetdebatte SPÖ. Quelle: Eigene Darstellung.

Die **Neos** betonen, wie keine andere Partei, das Thema Justiz, weshalb man auch hier von einem issue ownership sprechen kann. Grund dafür ist vor allem das Profil der Abgeordneten Irmgard Griss, deren Postings sich dezidiert mit diesem Thema beschäftigen. Das Thema ist bei der Liste Pilz und der FPÖ gar nicht präsent; die SPÖ und die ÖVP weisen hier um die Hälfte weniger Postings auf als die Neos.

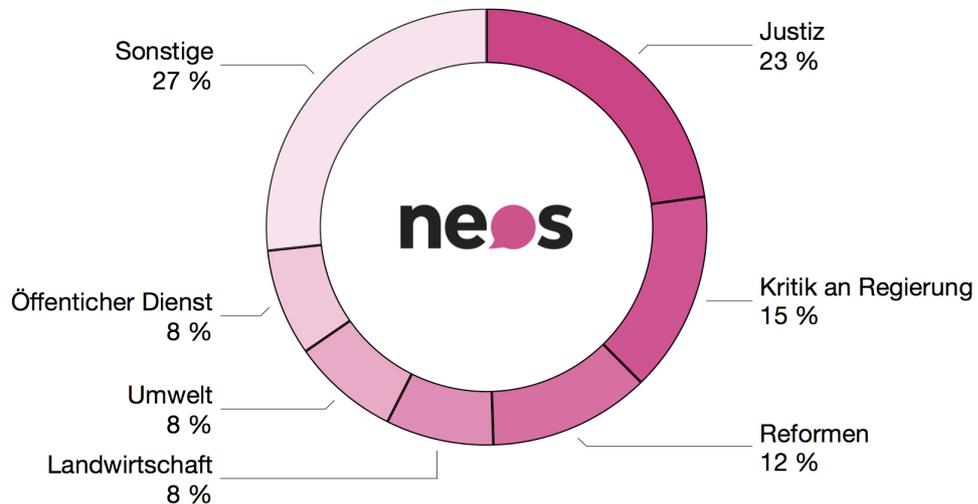


Abbildung 6: Gewichtete policy issues in der Budgetdebatte Neos. Quelle: Eigene Darstellung.

Die **Liste Pilz** widmet sich auf Facebook am häufigsten dem Thema Umwelt. Hier kann man allerdings nicht von einem issue ownership sprechen, da die Anzahl der diesbezüglichen Postings bei der SPÖ, der FPÖ und den Neos nur knapp dahinter liegt.

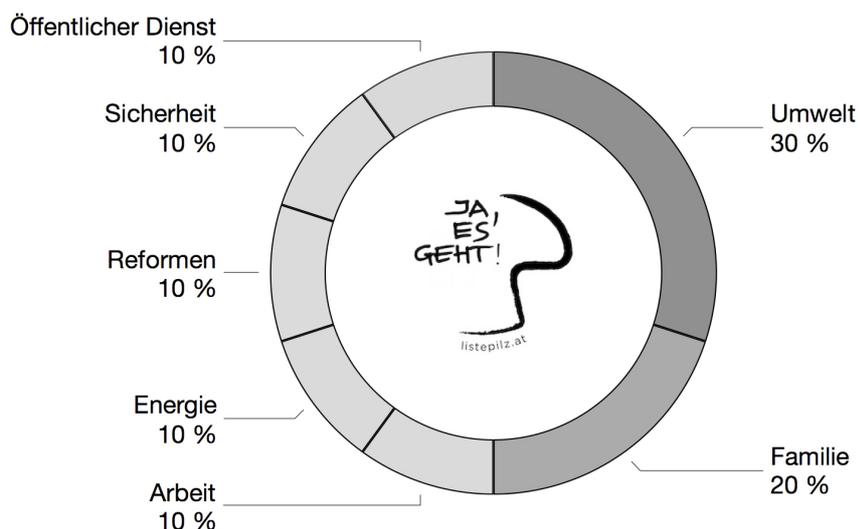


Abbildung 7: Gewichtete policy issues in der Budgetdebatte Liste Pilz. Quelle: Eigene Darstellung.

## Reaktionen

Neben der zentralen Forschungsfrage sollte die vorliegende Analyse auch dem Zweck dienen herauszufinden, wie stark die Interaktionen auf den einzelnen

Facebook-Profilen sind und welche Qualität (Art der Reaktion auf Posts) diese aufweisen.<sup>4</sup>

Dabei zeigen die Profile von Sebastian Kurz (65 Tsd.), Heinz Christian Strache (45 Tsd.) und Christian Kern (11 Tsd.) die meisten Interaktionen. Angesichts der großen Anzahl an Fans dieser Profile ist dieses Ergebnis wenig überraschend.

Interessant ist demgegenüber jedoch die Post-Interaktion, die angibt, wie aktiv die Fans einer Seite mit einzelnen Posts interagieren. Es stellt die durchschnittliche Menge sämtlicher Interaktionen (Reaktionen, Kommentare und Shares) pro Fan pro Post dar. Die aktivsten Fans auf Facebook weisen demnach die Abgeordneten Karin Greiner (SPÖ) mit 47% und Rudolf Taschner (ÖVP) sowie Alois Stöger (SPÖ) mit je 9,9% auf. Die geringste Post-Interaktion ist auf dem Profil von Norbert Hofer (FPÖ) zu finden (0,098%).

Betrachtet man die Beiträge hinsichtlich ihrer Interaktionen genauer, so fällt auf, dass die Themen Gerechtigkeit, Sicherheit, Steuersenkung, Bildung und Familie (Top 5) die höchste Gesamtzahl an Reaktionen, Shares und Kommentaren aufweisen.

Hinsichtlich der Qualität der Reaktionen lassen sich klare Aussagen über die einzelnen Kategorien treffen. Die meisten Likes konnten Posts zu Steuersenkung, Pensionen und Sicherheit generieren. Am häufigsten wurde auf Beiträge aus der Kategorie Sicherheit, gefolgt von Steuersenkung und Gerechtigkeit mit „Love“ reagiert. Sicherheit hat gleichzeitig auch die meisten „Haha“-Reaktionen ausgelöst. Die meisten „Wow“-Reaktionen und auch die meisten „Wütend“-Reaktionen erzeugten Beiträge aus der Kategorie Arbeit. Diesbezügliche Posts beschäftigten sich vor allem mit Kürzungen des AMS-Budgets, Lohndumping, Arbeitnehmerpolitik und dem Arbeitsmarkt. Die meisten „Traurig“-Reaktionen schufen Posts zum Thema Familie.

---

<sup>4</sup> Stand 24. April 2018

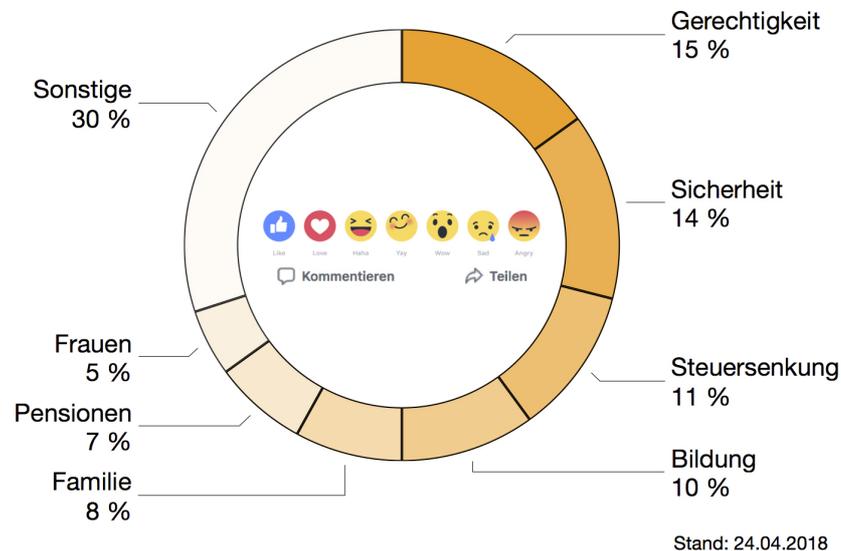


Abbildung 8: Gewichtete Summe der Interaktionen auf themenspezifische Facebook-Beiträge. Quelle: Eigene Darstellung.

## Schlussfolgerung

Der Fokus dieser Analyse lag auf der Frage, welche Themen von den im Parlament vertretenen Parteien (inklusive der Mitglieder der Bundesregierung) im Zeitraum vom 17. bis 19. April 2018 auf Facebook aufgebracht und forciert wurden.

In den 173 Beiträgen wurden vor allem die Themen Gerechtigkeit, Frauen, Sicherheit, Arbeit und Kritik an der Regierung hervorgehoben.

In drei Themenfeldern konnten issue ownerships identifiziert werden: bei der ÖVP im Bereich Wissenschaft und Forschung, bei der SPÖ im Bereich Frauen und bei den Neos im Bereich Justiz. Auch bei der FPÖ (Sicherheit) und der Liste Pilz (Umwelt) stand je ein Thema klar im Fokus, allerdings wurden beide Themen auch verstärkt von den anderen Parteien aufgebracht, weshalb von keinem issue ownership gesprochen werden kann.

In der zweiten Fragestellung sollte herausgefunden werden, wie hoch die Anzahl an Interaktionen auf den einzelnen Facebook-Profilen ist und welche Qualität diese aufweisen.

Die Analyse hat gezeigt, dass sich die Kategorien Gerechtigkeit und Sicherheit sowohl unter den Top 5 der am häufigsten aufgebrachten Themen befinden, als auch jene Kategorien darstellen, welche die meisten Reaktionen auf Facebook ausgelöst haben. Demgegenüber befinden sich die Themen Frauen, Arbeit und Kritik an der Regierung zwar ebenfalls unter den Top 5 der meistgenannten Kategorien, lösten aber signifikant weniger Reaktionen aus (etwa ein Drittel).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die emotional aufgeladene Kategorie Gerechtigkeit (inkludiert Generationengerechtigkeit, Umverteilung, Fairness) im Rahmen der Budgetdebatte nicht nur in Summe am stärksten hervorgehoben wurde, sondern auch die meisten Interaktionen (Reaktionen, Shares, Kommentare) auslöste.

## Literaturverzeichnis

- Flick, Uwe (2014): Qualitative Sozialforschung: Eine Einführung, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag
- Green-Pederson, Christoffer (2007): The Growing Importance of Issue Competition: The Changing Nature of Party Competition in Western Europe. *Political studies* 55 (3), 609 – 628.
- Guinaudeau, Isabelle und Persico, Simon (2013): What is Issue Competition? Conflict, Consensus and Issue Ownership in Party Competition. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 1-17.
- Parlament Österreich (2018): Budget.  
[www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/BUDG/](http://www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/BUDG/) , abgerufen am 19.4.2018
- Strauss, Anselm; Corbin, Juliet (1990): *Basics of Qualitative Research: Techniques and Procedures for Developing Grounded Theory*. London/ New Delhi: SAGE Publications (dt.: *Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Psychologie Verlags Union 1996)